

zung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, das die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Des weiteren stellte sich Staatssekretär von Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Abänderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verhandlungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich halten würden.

Trotzki plant in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundgesetzes des Selbstbestimmungsrechtes erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Willenskräfte dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsanteile zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Willen an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

Es folgte dann wieder eine Flut von Spitzfindigkeiten und Rechthabereien, deren sich die russischen Unterhändler, namentlich Trotzki, befleißigten. Schließlich erklärte die russische Delegation:

1) Aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Reich des früheren russischen Kaiserreichs zieht die russische Regierung keine Rückschlüsse, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2) Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundanfrage der jetzt geführten Verhandlung nicht darin, in irgendeiner Weise das weitere zoonomische Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verdeutlichen, sondern in der Klärung seiner wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtung und internationalen Lage der genannten Gebiete.

3) Die so verstandene Aufgabe steht eine vorbereitende Verständigung Deutschlands und Österreich-Ungarns auf der einen und Rußlands auf der anderen Seite voraus.

Als Grundlage des Friedens schlagen die Russen vor, daß Deutschland und Österreich-Ungarn ausdrücklich darauf verzichten, irgendwelche Teile des besetzten Gebietes ihren Reichen einzuverleiben. Alle Völker hätten ihr Geschick selbst zu bestimmen. Die Mittelmächte sollen sich sofort über die Vorschläge erklären.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns als ob sie Herrschaft in unserem Lande hätten und uns Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegenstehen — Das herrliche deutsche Volk steht in Ihrem Gebiet — Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre eigene Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist beschränkt lediglich auf der Macht und zwar auf einer Macht, die schwächste und mit Gewalt jeden Widerstand unterdrückt. Jeder Widerstandende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erläutern. In der Nacht zum 31. 12. wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von Maximilianovich durch Verhaftung und Verhaftungswache auseinandergerissen.

Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und verurteilte die Ermordung ihres Willens mit Waffengewalt durchzusetzen. Sowie aus den mir vorliegenden Fundstücken hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die maximalistische Regierung in der Praxis. Die deutsche oberste Heeresleitung muß deshalb die Einwilligung in die Regelung der Angelegenheiten in dem besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker in dem besetzten Gebiete ihrem Wunsche der Fortsetzung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben. Von den wichtigsten Bestimmungen der Bröckelung möchte ich folgendes hervorheben: Am 21. 9. 1917 erbat die ukrainische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Rußlands bezeichnede, den Schutz des Deutschen Reiches. Am 11. 12. 1917 proklamierte der Ukrainische Landtag, der von den Ukrainern des In- und Auslandes die einzige bevollmächtigte Vertretung des ukrainischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben. Am 27. 12. sprach die Statkonferenzversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diefem Antrag haben sich die Aigauer Kaufmannsämmer, die Große Gild, die Vertreter der Landesbevölkerung, sowie 70 Aigauer Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch Vertreter der Militärkraft und der ländlichen, bäuerlichen und städtischen Gemeinden aus Posen, Danzig und Memel in verschiedenen Erklärungen sich von ihren Beziehungen losgesagt.

Auch aus verwaltungsrechtlichen Gründen muß die deutsche oberste Heeresleitung die Klärung Rußlands, Litauens und Rigas und der Inseln im Báltischen Meeresbuen ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtsprechung, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksherrschers oder einer Miliz sind die Länder aus Mangel an geeigneten Organen in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Nachdem Staatssekretär von Kühlmann der russischen Delegation Verschleppungsversuche in dem Verhandlungsforgang

vorhalten mußte, wurde die Sitzung ausgesetzt. Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Beratungen ist noch nicht anberaumt worden.

Verständigung mit der Ukraine.

In Brest-Litowsk ist bei den Auseinandersetzungen mit den ukrainischen Vertretern infolge eines Fortschritts erzielt worden, als die Antwort des Vierbundes auf die erste grundlegende Erklärung der Ukrainer deren in sechs Punkten aufgeführte Forderungen unternommen gelassen hat. Die ukrainischen Vertreter haben sich in ihrer Klärung mit der ihnen gewordenen Antwort zufrieden erklärt, woraus gefolgert werden darf, daß die Frage des allgemeinen Friedens auch im Verhältnis zwischen uns und der Ukraine zunächst ausgeschaltet werden ist. Auch hier steht einzuweisen nur die Frage eines Sonderfriedens zur Erörterung, ein Ergebnis, das dem Fortgang der Friedensverhandlungen nur förderlich sein kann.

Die „Krise“ in Berlin.

Berlin, 14. Jan. (MVB.) Antik.) Seine Majestät der Kaiser empfing gestern vermittelst Se. K. H. des Kronprinzen, den Reichskanzler Grafen von Hertling und den Generalkonsulmarschall von Hindenburg. Ferner hatte Se. Majestät den Generaloberbefehl des Generalstabsmarschalls von Hindenburg und den Vortrag des Unterstaatssekretärs von dem Visee.

Die Nachrichten über die Vorgänge in Berlin laufen sehr widersprechend. Während gestern die Witter der Klauen eine gedrückte Stimmung zur Schau trugen, wickeln sie heute Morgenstimmung. Anseh dazu gibt folgende Erklärung der „Norddeutschen Allgemeine Zeitung“:

Der Reichskanzler Graf Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Ausdrucks hat zwischen dem Kaiser und dem zugegen in Berlin anwesenden Reichführern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen gekörten einkerkerten Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine solchen Differenzen vor, die eine Entschädigung im Kronrat verlangten. Auch sonst stehen täglich unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. Es wird gemeldet, daß Staatssekretär v. Kühlmann und der Vizekanzler Graf Hertling in Berlin angekommen seien. Beide Angaben sind falsch.

„Das Gebot der Stunde.“

Dresden, 14. Jan. In der Eröffnungsansprache der Zweiten Kammer betonte Präsident Bodel, daß bei den heutigen schweren Entscheidungen in Berlin die Einmütigkeit des deutschen Volkes das Gebot der Stunde sei.

Die Sitzung schloß sich nach der Richtung zu bewegen, daß die Reichsleitung, einschließlich des Reichskanzlers zur Erkenntnis gekommen ist, daß man mit der milden Tonart und dem herablassenden Betonen des Friedenswillens nicht weiter kommt. Die Haltung der russischen Unterhändler in Brest-Litowsk, die die Sitzungen nur mit Mißverständnissen ausfüllen und dadurch die Verhandlungen zu verzögern suchen, hat wohl diesen Kreisen die Augen etwas geöffnet. So schreibt selbst die „Frankfurter Zeitung“:

„Es wird immer deutlicher, daß die russischen Unterhändler im Glauben an ihre Willen die Verhandlungen zu verzögern suchen. Auch die wirtschaftlichen und handelspolitischen Besprechungen in Petersburg, an denen der arde in Deutschland beauftragte Herr Adel beteiligt ist, kommen nicht vom Fleck. Es liegt System in der Art, wie Herr Trotzki von dem Kern der Besprechungen zu allgemeinen Theorien abshweift. Umso notwendiger ist es, daß das Deutsche Reich nicht weiter das Schutzlicht innerer Parteilichkeit bietet, wie es während der letzten Wochen der Fall war, und wenn die vertrauensvolle Aussprache das Ergebnis sein würde, daß wieder mehr Beruhigung einträte, so möchte das für den Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk und für den Frieden ganz allgemein nur von Nutzen sein.“

Diese Mahnung möchte die „Frankfurter Zeitung“ ausdrücklich ihren eigenen Freunden zukommen lassen, die sich neuerdings, so in Mannheim und Frankfurt darauf verlegen, die Verarmung der Vaterlandspartei zu spezimen. Ein Kunststück ist das nicht, wenn in den Großstädten lassen sich leicht ein paar Dutzend Karikaturisten finden, um das Gesicht der Gesellschaft zu nicht würdig befunden ist, im Heere zu dienen.

Eine schreckliche Unwahrheit.

Amsterdam, 12. Jan. (MVB.) „Nieuws van den Dag“ schreibt in einem Leitartikel:

„Kühlmann, in dem wir jetzt den Staatsmann der Mittel-mächte sehen, der am aufschlüsselnden und ernstesten nach Frieden strebt, hat den von Lloyd George und Wilson hingeworfenen Forderungsbuch angesehen. Es hat in der Tat den Anschein, daß beide Reden nur dazu dienen, nicht rundheraus sagen zu müssen: Wir wollen keinen Frieden. Wir wollen die Kraft der Mittelmächte brechen und darnach unser Gesicht vorzeichnen. Wenn die Entente-Kriegsmänner sich auf Verhandlungen einlassen würden, so würde durch den Druck der schmerzgeplagten Völker in den Ententeländern vermutlich unüberwindlich der Friede gewaltsam herbeigeführt werden. Es ist nicht wahr, daß die Kriegsgeliebten Clemenceau, Wilsons und Lloyd Georges eigentlich auf dasselbe hinauslaufen. Es ist nach unserer Überzeugung eine schreckliche Unwahrheit, daß die Völker der Entente wie ein Mann hinter ihren jetzigen Führern stehen. Welch eine unbeschreibliche Dummheit muß in den Schützengräben und Wohnungen gegen die Staatsmänner herrschen, die durch ihre klanischen Organe die Versicherung verbreiten, daß die Völker nichts mehr wünschen, als durchzukämpfen. Wir glauben nichts davon; es kann nicht richtig sein. Aber die Opfer des Krieges haben keine Macht und keine Stimme, die durchdringen könnte.“

Zum Landboothkrieg.

Bonn, 12. Jan. (MVB.) Der „Neue Content“ schreibt: Das Jahr beginnt für die Entente mit trüben Aussichten. Alle hoffnungsvollen Worte ihrer Staatsmänner können das nicht verbergen. Gibt es eine wirksame Waffe gegen die U-Boote? Wir merken nichts davon. Schiff nach Schiff sinkt und in England muß man den Rekruten anziehen. Wenn man bedenkt, was für eine entscheidende Bedeutung der Sendung amerikanischer Truppen nach Europa von der Entente beigegeben wurde, ist es doch merkwürdig, daß einige Mitglieder der amerikanischen Regierung weiter glauben, daß die Alliierten im Augenblick lieber amerikanische Lebensmittel als amerikanische Truppen haben wollen. Und doch lebt die Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg bei den Alliierten ungeschwächt weiter. Man erwartet einen Frieden durch den Sieg, einen Frieden, der wie Churchill jetzt wieder sagt, diktiert werden sollte. Wilson hat es in seiner letzten Botschaft vermieden, deutlich zu sagen, daß er den Sieg wünscht. Als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, hat der Präsident in einem Aufruf an die Kriegsführenden den Frieden durch Sieg als ein Unlück für die Welt vermessen.

Wachsende Klauen.

Berlin, 12. Jan. (MVB.) Die englische Schifffahrt liegt in der letzten Zeit in steigendem Maße über die Beratungen. Der Geschäftsführer der London American Maritime Trading Company erklärte kürzlich auf der Generalversammlung der Gesellschaft, daß von den unter seiner Leitung stehenden vierzehn Dampfern nicht ein einziger sei, der nicht mit dem Feinde zu tun gehabt hätte. Die Gesellschaft habe eine große Anzahl Schiffe im Laufe des Jahres verloren. Auf der Jahresversammlung der Mite Shipping Co. erklärte der Vorsitzende, zweieinhalb Jahre lang seien die Schiffe der Gesellschaft verhältnismäßig frei von Verlusten durch den Feind gewesen. Im Jahre 1917 seien dagegen fünf Dampfer verloren gegangen. Wie man in englischen Marinekreisen über den jetzigen Stand der Unterseeboot-Gefahr denke, ergibt sich aus einem Artikel des „Nautical Magazine“ in der Dezembernummer, in welchem gesagt wird, daß ein Schiff unter Umständen beträchtliche Zeit verloren könne, ohne ein Unterseeboot zu sehen, aber schließlich hätten solche Schiffe doch nicht anpassend dieses Glück, „denn die U-Bootegefahr habe sich kürzlich erheblich vermindert“. Das jetzt angewandte Verfahren sei kleiner als bisher und weniger zu sehen. Das Ergebnis unserer Beratungen gibt diesen düsteren Stimmen allerdings recht.

Englische Verleumdungen.

Berlin, 13. Jan. (MVB.) Antik.) Am 9. Januar hat die englische Großkonfession folgende Nachricht verbreitet: Eine andere abscheuliche Gewalttat deutscher U-Boote, die wiederum die Ungeuerlichkeit deutscher amtlicher Garantien darlegt, ereignete sich etwa um Mitternacht am Freitag den 4. Januar, als das britische U-Bootschiff „Araucaria“, von Gibraltar heimwärts fahrend mit Vermuteten an Bord, ohne Warnung torpediert und im Mittel-Kanal versenkt wurde. Alle Vermuteten wurden getötet, doch wurden drei Passagiere gerettet. „Araucaria“ führte alle Lichter und die durch die Haager Konvention geordneten Abzeichen. Die Admiralität teilt mit, daß das Schiff nicht in der sogenannten Sperrzone war und gewesen ist, die in der Bekanntmachung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 bezeichnet wurde.

Da diese Mitteilung eine ähnliche Erklärung der britischen Admiralität enthält, wird von amtlicher deutscher Seite hierzu erklärt, daß das U-Bootschiff, wie inwieweit festgestellt worden ist, nicht von einem deutschen U-Boot torpediert worden ist. Vielmehr besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß es auf einer kurzem im Mittel-Kanal von uns gelegte Minenperre gesunken ist. Daß die deutsche Regierung keinerlei Gewähr für die Sicherheit der Schifffahrt gegen Minen innerhalb der Sperrgebiete übernommen hat, dürfte hinlänglich bekannt sein. Der Charakter der englischen Ausstellungen kennzeichnet sich hierdurch von selbst.

Französische Humanität.

Berlin, 12. Jan. (MVB.) Das „Echo de Paris“ brachte am 27. Dezember einen Verkaufsbot von Maurice Barrès, den selbst Clemenceau als eine belästigende Bloßstellung der französischen Humanität empfinden dürfte. Darin heißt es mit zynischer Offenheit: „Das Flugzeug bekämpft in erster Linie die Bevölkerung der Städte. Es braucht daher für Tagesangriffe wenige Munition und Bomben kleineren Kalibers mitzunehmen, da die Straßen dann so ohnehin stark belebt sind, während bei Nacht die Geschosse meist auf freies Pflaster aufschlagen.“ Das „Echo de Paris“ schließt seinen Artikel mit den Worten: „Mannheim stellt einen prächtigen Refektor für Schlachtfeldflüge auf.“

Willons demokratisches Gnadenaktchen.

Tres facient collegium, sagt der alte Voltaire — drei Männer machen ein Kollegium aus, eine beratende oder beschließende Körperlichkeit. „Und die erste Violine fangt also an“, heißt es in einem scherzhaften Studentenstück. Nach dem Auftreten des Brest-Litowsk war es der französische Clemenceau bezogen, kein Ministerpräsident Wilson, die diese Violine spielten. Man kennt die Melodie: Fortsetzung des Krieges bis zum Siege und Herausgabe von Elsch-Vorhingen. Dann fiel der Engländer ein: und Mesopotamien, Arabien und Palästina für uns. Der Dritte im Bunde, der Amerikaner, hat sein Instrument etwas länger und besser gelümmelt und überstumpft daher die anderen noch. Die Notenfala ist zahlenmäßig abgesetzt, sehr ergebnislos ausgefallen, die Melodie wäre also an der Hand des Terz nachzupfeifen. Herr Woodrow Wilson hat seine Sache so gut und gründlich gemacht, daß selbst ein Clemenceau und Lloyd George noch in Schatten gestellt sind, denn gar niedrig teilt es die Welt des Vierbundes auf, macht einen Strich darunter, und die neue Welt des ewigen Friedens, in der es Deutschland sogar gestattet, auch noch groß zu sein, ist fertig.

Wir im Verbunde haben auch so etwas von einem Drei-
männerkollegium, einen, der davon sprach, es gebe außer Esch-
bachingen kein Friedenshindernis — er heißt Kühmann;
einen, der sich mit Lloyd George in angenehmer Plauderei in-
einander wendete, Stunden über den Frieden verständig haben
wollte — er heißt Erzberger; und einen, der in der Politik des
Mittel Wilsons die geeignete Grundlage für einen Weltfrieden
sah — er heißt Eschbach. Wir möchten nicht nachprüfen, welcher
von den drei heute das flügste Gesicht macht, nachdem der Fran-
zose, der Engländer und der Amerikaner zur Friedensfrage und
sogar zu einem neuen seierlichen Friedensversuche gesprochen,
aber wenn es nicht der Ernst der Zeit gebieten würde, selbst bei
solchen diplomatischen „Erfolgen“ ernst zu bleiben, wir machten
uns anheißig, den Text zu der Rede zu schreiben, die uns da
aufgelesen worden ist. Es steht ja schließlich jedem frei, sich
nach Belieben festzusetzen, aber wenn die vorkriegsständischen
Interessen auf dem Spiel stehen, dann hört der Spaß auf.

Es ist kein Zweifel: Wilson hat seinen Freund Lloyd Ge-
orge noch übertrifft, nicht nur in der Handelt, denn da ist er
privatigierter Meister, sondern auch in dem Maße bewußter
Forderungen und Zumutungen an den Verbund. Seine
Bemerkung ist dabei sehr einfach: erst müssen die vier klein sein, die
sie sich ihr Leben lang nicht mehr müssen können, dann wollen
wir den Weltfrieden schließen; ich, der große Friedensapostel,
habe das Programm bereits für und fertig in der Tasche. Der
verehrliche Leser wird uns wohl erkennen, daß wir dieses Pro-
gramm einfüllen in Panthe unerschütterlicher Tische lassen;
vielleicht hat die Nachwelt einmal daran ein Interesse, mit haben
uns mit etwas Realerem zu befüllen, und das sind Wilsons
Friedensbedingungen. Sie sind es wert, an dieser Stelle nach-
mals in ihren Begriffen festzuhalten zu werden:

Folgen wir getreu und wieder aufzuerstet werden:
— das ganze französische Territorium muß befreit, die be-
trühten Teile müssen wieder hergestell, und das „Anrecht“ hin-
sichtlich Eschbachsbringens muß wieder zur Gemacht werden;
die italienischen Grenzen müssen befestigt werden; — die
Balken Ostereich-Ungarns sollen aus dem Staatenverbunde
gelöst werden; — Rumänien, Serbien und Montenegro müs-
sen gerettet werden, Serbien muß an das Meer, und die
übrige Einteilung des Balkans erfolgt nach historischen
Grenzen; so ungefähr, wie sie der frühere Universitätspro-
fessor Wilson in seinem Kopfe sich zurecht macht; — die Tür-
kei wird gleichfalls aufgeteilt unter der Deule des Selbst-
bestimmungsrechtes, d. h. der Einwohner der abgetrennten
Teile in das englische Weltreich, nicht nur das Polen, das die
Mittelwüste von Rußland befreit haben und in dessen Erde
Tausende unserer Söhne ruhen, wird unabhängig, sondern auch
die zu Preußen gehörigen Landesteile, in denen die Herren
Polen sprachlos das Unrecht gemacht haben; außerdem muß
Volen Zugang zum Meere haben, darf also Landesteile beans-
spruchen, die ethnographisch mit ihm gar keinen Zusammen-
hang haben; — über die deutschen Kolonien wird noch ver-
handelt, in welchem Sinne, hat ja bereits Lloyd George vor-
aus reichend.

Wir haben unsere Ansicht über die neueste mit Un-
schämtheit gepaarte Heuchelei des Eschbachs der englisch-ameri-
kanischen Geldmagnate schon genügend dargelegt. Aber daß
Wilson in Deutschland Befürworter entbehren, hätte man doch
nicht für möglich gehalten. Und doch ist dem so! Die ganze
Antisliterale Presse beschließt sich mit der Wilsonschen Rede
als ob man ernstlich auf ihr Angebot eingehen könne. Die
Frankfurter „Volkstimme“ reißt so weit. Herrn Wilson als un-
eigennützig hinzustellen, da er doch für sich dazu, Amerika nichts
fordere, wenn er der Italiener Trübsal und des Trentino und
den Rumänen Elendern zuzillie. Daß es Wilson nur darum
zu tun ist, Italien und Rumänien bei der Entente zu behalten,
das sehen jene Politiker nicht ein. Zum Schluß fordert das
Blatt kategorisch auf, Deutschland solle sich mit Wilson an einen
Tisch legen. So was ist leider nur in Deutschland möglich; nur
hier gibt es Leute, die in Wilsons Politik ein „Dokument von
höchster politischer Bedeutung“ erblicken, nicht in dem Sinne,
daß zur Unterzeichnung dieses Dokuments nationale Entwer-
digung und Verkleinerung der im Verbunde zusammengeschlos-
senen Staaten erste Voraussetzung ist, sondern im dem Sinne,
daß dieses Dokument die Gemüthsart offenbart, auf denen der
allgemeine Friede nach Bretton-Woods auf aufgebaut werden
kann; auch eine Rechenwurm des finsternen Angebots von Bret-
ton-Woods. Der deutschen Revolutionspresse „scheint“ nämlich,
„daß kein einziger Punkt der Politik Wilsons so gerüst ist, daß
er ein Verhinderung von vornherein ausschließen würde.“ Und
die Revolutionspresse stellt weiterhin fest, daß die Politik in
Ten und Inhalt zweifellos ein bedenkliches Entgegenkommen
gegenüber den Mittelmächten und der russischen Revolution be-
deutet.“ Das Letztere nimmt allerdings, denn mehr Entgegen-
kommen kann sich auch ein völlig zu Boden gesunkener Gegner
nicht erlauben, als es der ehrenwerte Amerikaner für die Russen
herausgestellt hat. Und die Revolutionspresse hält es „nicht
nur für möglich, sondern für notwendig, daß die Regierungen
der Mittelmächte ernsthaft die Frage prüfen, ob die Politik
Wilson's nicht die Brücke bilden könne, auf der die beiden feind-
lichen Richtungen endlich zu unmittelbaren Verhandlungen
über den Frieden sich zusammenfinden können.“ Unsere Revo-
lutionspresse stellt sich also ganz auf das englische Ultimatum
ein, das dahin lautet, die von Lloyd George zurückgetreten und
seht von Woodrow Wilson kommentierten Forderungen seien
das Mindestmaß dessen, was die Mittelmächte erfüllen müssen,
wenn sie zu dem von ihnen gewünschten „Verständigungsfrieden“
kommen wollen. „In dies schon Tollheit, hat es doch Methode“,
heißt es in Hamlet.

Die ungarische Kriegsanleihe.

Budapest, 13. Jan. (WZ). Das Ergebnis der siebenten
ungarischen Kriegsanleihe übersteigt nach den endgültigen Fest-
stellungen 3900 Millionen Kronen. Die durch die bisherigen
ungarischen Kriegsanleihen aufgebracht Summe beträgt damit
über 15 Milliarden. Der König richtete anlässlich des glänzen-
den Erfolges der Kriegsanleihe an den Ministerpräsidenten
Dr. Wekerle ein sehr herzliches Dankschreiben.

Aus Ihrem Herzen keine Mördergrube.

macht die sozialdemokratische „Volkstimme“. Sie wendet
sich gegen die baldwischen Maßnahmen und beweist, daß
die 700 Sendboten, die in Deutschland die Bevölkerung
aufrufen sollen, Erfolg hätten. (Wir auch! D. Schriftl.)
Das Blatt fährt dann fort:

Es entsteht also die Frage, ist Herr v. Waldow imstande,
das Sein der Menschen in unserem Sinne zu ändern. Wir
fürchten, er hat weder den Willen, noch die Macht dazu. Auf
jeden Fall müßte er mit seinen Vorschlägen auf dem
Lande beginnen, denn die beklagenswerten Er-
scheinungen in der Stadt, die Gasterien und der Schleich-
handel, sind nur eine Folge des Unlücks, daß der Bauer
keine Erzeugnisse in genügender Menge absetzen und
zurückhält. Wie aber das Sein der Bauern so ändern, daß
auch seine Denkreise sich ändert, daß beispielsweise seine eben
festgestellte Gemeinnützigkeit in egoistischen Charakteren einem
mit etwas Gemeinnützigkeit gesenkten Ehrgeiz Platz macht?
Die bäuerliche Erziehung b. h. heute bei uns auf der Pro-
duktion in Einzelbetrieb. Der Bauer produziert für sich
allein, d. h. ohne Zusammenarbeit mit andern, die notwen-
digen für das Leben nötigen Erzeugnisse. Daher seine
eigenständige, parasitäre Denkreise, für die die andern
nicht vorhanden sind, weil sie ihrer nicht bedarf. Daß sich bei
dieser Einsamkeit Gemeinnützigkeit entwickelt, würde mit dem
ganzen Trieb des Menschen im Widerspruch stehen und
ist daher ausgeschlossen, ja nicht einmal denkbar. Ob es
über Herrn v. Waldow gelingt, das einzige Heilmittel gegen
die bäuerliche Denkreise und die aus ihr folgende Sandwüste,
nämlich die Umwandlung des Einzelbetriebs in Ge-
meinschaftsbetrieb, zur Anwendung zu bringen, erscheint
bei den derzeitigen Machtverhältnissen der Klassen in
Deutschland ausgeschlossen. Deswegen möchten wir unter-
teilt nochmals dem Zweifel darüber Ausdruck geben, daß
die Arbeit jener 700 Sendboten auch nur das geringste an
unseren Ernährungsbedürfnissen leisten wird. (Wir
glauben, daß die Landwirte unter den heutigen Umständen
die Produktion recht gern den Herren Sozialdemokraten
überlassen würden.)

Vom Felde der Ehre.



Friedberg. Dem Fahrer Friedrich Böck wurde die Hes-
sische Tapferkeitsmedaille verliehen.

Kiedersheim. Dem Minenwerfer Heinrich C15 h, wel-
cher schon sehr Anfang im Westen kämpft, wurde das
Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen. Wir gratulieren!

Koblenz. Dem Kanonier Gustav Soll in einem
Reserve-Feld-Artillerie-Regiment, im Besitze der Hessischen
Tapferkeitsmedaille, wurde das Eiserne Kreuz zweiter Klasse
verliehen. Herzlichen Glückwunsch!

Reibchen. Dem Landsturmmann Wilhelm Raab,
der 3. Jt. entlassen ist, wurde das Eiserne Kreuz verliehen.
Herzlichen Glückwunsch!

Aus der Heimat.

Vortragsabend des Reservelazaretts. Vor vollbesetztem
Hause hielt am Samstag Abend im Turnhalle der Augu-
stinerschule Herr Professor Walz einen sehr interessanten
Vortrag über „Andreas Hofer und die Stätten
seiner Wirksamkeit“. Es waren dazu geladen die Anwesen
des hiesigen Reservelazaretts, und die Mannschaften des
Ersatz-Bataillons, die sehr zahlreich erschienen waren. Mit
Freude haben wir, daß auch der Garnisonkommandant
Herr Oberleutnant v. Jülow, durch persönliches Erscheinen
sein Interesse für Vortrag und Zuhörerlichkeit bezeugte. In
prägnanten buntigen Bildern zogen Leben und Taten des
großen Tiroler Freiheitskämpfers an den Zuhörern vor-
über. Sie ließen etwas erkennen von dem großen Geiste
und dem Gedulde, das in diesem Gebirgsvolke steckt. Die
sorgenvollen Darstellungen der Tiroler Abwehr und ihrer
Schicksale aber zeigten, warum dieses erste starke Volk so
innig und treu an seiner Heimat hängt und ihre Freiheit
keine wieder in den heißen Schlachten auf italienischem
Boden so jäh verlor. Die tiefen Gedanken gab dann auch
mit Recht Herr Professor Walz, unser Lazarettge-
lehrter, in seinen Dankworten an den Herrn Vortragenden
Ausdruck. Wir aber schließen mit dem Wunsch, daß den
Lazarettanwesenden noch öfters solch besondere Gelegenheiten der
Belehrung und Unterhaltung geboten werden möge!

Eine Gefahr für die deutsche Landwirtschaft besteht in den
jetzt auf dem Weltmarkt zu beobachtenden Erscheinungen.
In allen vielgelesenen Zeitungen und in der landwirtschaftlichen
Presse wimmelt es heute von Anzeigen, daß die landwirt-
schaftliche Welt sehr gefährdet wird. Die Gefahr der Kautschuk-
preise sehr verschieden geartet. Die einen glauben durch den Erwerb
landwirtschaftlichen Eigenbesitzes am sichersten den Ernährungs-
schwierigkeiten in den großen Städten aus dem Wege zu geben,
andere, daß die Landwirtschaft die zurzeit hohe Beträge ab-
werfe, in Zukunft sehr rentabel sein werde, die dritten gehören
zu jener an Umfang recht beträchtlichen Gruppe von Leuten,
die durch den Erwerb von Grundbesitz Kriegsgeheimnisse erwerben
und sicherstellen wollen. Dazu kommen die sehr zahlreichen
Grundbesitzer, die besonders bäuerliche Besitzungen, deren
Besitzer gefallen ist, zu verarmen trachten und dabei nur ihr
eigenes Interesse wahren. In dem Amtsblatt der diesseitigen
Landwirtschaftskammer werden nun, um dieser drohenden Ge-
fahr entgegenzuwirken, im ganzen Deutschen Reich Schulma-
nahmen gegen eine Mobilisierung des Grundbesitzes gefordert.
Was sind „Kriegsbriefe“? Trotz aller Warnungen in
den Zeitungen liefern immer wieder Privatpersonen Briefe
und Postkarten an andere Privatpersonen mit den Bemerkungen
„Kriegsbrief“, „Kriegsbrief“, versehen unfrankiert zur

Post ein, um für sie postfreie Beförderung zu erlangen,
wie sie es bei Briefen an Kriegsangehörige zu tun gewohnt
und berechtigt ist. Jetzt im vierten Kriegsjahr muß sich
doch Jeder darüber im Klaren sein, daß Postvergünsti-
gungen nur den Kriegsangehörigen zustehen. Die wieder-
rechtlichen Anwendungen der Postfreiheitsvermerke „Kriegs-
brief“, „Kriegsbrief“, erfolgen auch nur ausschließlich in der
betrügerischen Absicht, das Porto zu hinterziehen und in dem
Glauben, es würde von den Postanstalten nicht gemerkt.
Lebhafte Annahme ist meistens irrig. Die Postbeamten
haben allmählich auch gelernt, auf derartige „falsche“ Kriegs-
briefe mit Erfolg zu achten. Das beweisen die zahl-
reichen Geldstrafen, die die Ober-Postdirektionen tagtäglich
auf die Angelegen der Postanstalten hin wegen solcher Post-
hinterziehungen verhängen müssen. Drum überlege sich ein
Jeder die ethischen Folgen seiner Tat, bevor er die nur den
Kriegsangehörigen zustehenden Postvergünstigungen in
widerrechtlicher und strafbarer Weise in Anspruch nimmt!
Den Kriegsangehörigen stehen die Postvergünstigungen
auch nur für den Schriftwechsel in ihren Privatangelegen-
heiten zu. Postsendungen in rein gewerblichen bz. rein
geschäftlichen Angelegenheiten sind postpflichtig. Auf sol-
chen Sendungen, ob sie nun von Kriegsangehörigen aus-
gehen oder an sie gerichtet werden, dürfen also die Post-
freiheitsvermerke „Kriegsbrief“, „Kriegsbrief“, und dergl.
nicht angebracht werden. Trotzdem geschieht dies sehr oft
auch hiermit sei daher gewarnt! Natürlich dürfen die zum
Kriegsdienst eingezogenen Personen a. V. Manente oder
sonstige Geschäftsinhaber, Rechtsanwält, Ärzte usw. in
postfreien Kriegsbriefen an ihre Familien oder ihre Ge-
schäftskontakten in der Heimat auch geschäftliche und ge-
werbliche Dinge erörtern soweit dies für ihre Geschäfts-
führung oder Berufsausübung notwendig ist. Ein ber-
achtiger Schriftwechsel mit der Heimat ist nicht als rein
gewerbliche Angelegenheit; er genießt daher die Postover-
günstigungen für Kriegsangehörige. Dagegen sind Sen-
dungen, die Kriegsangehörige in ihren gewerblichen Ange-
legenheiten mit anderen Personen, Firmen, Banken usw.,
insbesondere mit den Geschäftskunden wechseln, postpflichtig.
Trotz Verletzung durch die Truppenteile und veröffent-
lichten Bekanntmachungen beachten dies alle Kriegsange-
hörige immer noch nicht hinreichend und setzen sich dadurch
Unannehmlichkeiten aus.

FC. Eutbach, 13. Jan. Der in Frankfurt am Main ver-
storbene, in Sportsreisen bekannte Generalmajor a. D. von
Biffing fand Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts
hier als Schwabenschiene bei den 23. Dragonern. Er hat damals
bereits die Anwartschaft der ritterlichen Rente auf eine ratio-
nelle Pferdezahl hingewiesen. Seinen Anweisungen wurde
nachgekommen und haben dieselben gute Früchte gezeitigt.

Gießen, 11. Jan. (Vaterlandspartei.) Von dem
Landesverein Oberhessen der Deutschen Vaterlandspartei ist das
nachstehende Telegramm am 11. Januar 1918 an den Reichs-
tagler abgefaßt worden:

Der Landesverein Oberhessen der Deutschen Vaterlands-
partei dankt dem. Erziehung für die trefflichen Worte im
Hauptauswahlschle des Reichstages, die nach den trüben Nach-
richten über die Vorgänge in B. V. Ostwest eine Bestärkung
von allerhöchster Sorge bewirkt haben. Wir sind der freu-
digen Hoffnung, daß von jetzt ab in der Tat bei den weiteren
Verhandlungen die Maßstellung des Deutschen Reiches und
unser gutes Recht die alleinige Richtschnur für unser Handeln
abgeben werden. Hindenburg und Ludendorff haben unser
Heer und unsere Flotte von Sieg zu Sieg geführt. In un-
begrenztem Vertrauen steht das ganze deutsche Volk hinter
diesen seinen Felden und wird jeden Frieden zuversichtlich
annehmen, auf dessen Abschluß sie ausschlaggebenden Einfluß
ausgeübt haben.

FC. Von der hiesig-bantrischen Grenz, 13. Jan. An das
Postamt der Station nach Schaffenburg hin trat
ein halbwegsiger Bursche und verlangte eine Postkarte zweiter
Klasse nach Schaffenburg. Der Beamte erklärte: „Du fährst
dritter Klasse.“ „Ich will ae Karte zweiter Klasse.“ Darauf
der Beamte: „Du fährst dritter Klasse und wenn Du nicht willst,
kannst Du auf Weisberg laufen“ und schob ihm eine Karte dritter
Klasse hin. Sie wurde genommen.

Aus Starckenburg.

FC. Vom Odenwald, 13. Jan. Vor einigen Tagen hatte in
Kaisbach der 19jährige Karl Seidenberger aus Unvorsichtigkeit
mit einem geladenen Revolver seiner 20jährigen Schwester einen
Schuß in den Unterleib beizubringen. Die Bedauernswerte W-
nunmehr ihren Verletzungen erliegen.

Aus Rheinhausen.

FC. Wingen, 13. Jan. Das Kreisamt ordnete an, alle Gänse
insoweit sie nicht zum Verbrauch des Gänsefettes oder zur
Zucht dienen, zu schlachten und dem Höchstpreis von 12
Mark pro Stück abzuliefern.

Mittheilung der Angelegen.

Gottfrieds in der Stadtfirche.
Mittwoch, 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Kriegsanstand.
Herr Pfarrer Ritter.

Arbeitsmarktanzeiger des Kreisarbeitsnachweises u. d. Arbeitslosenvereins Friedberg.

Offene Stellen:
1 Unterbeamter für Post, 1 Bäder, 6 Schreiner, 1 Verwalter
auch Kriegsbeschädigter, mehrere Dienstmädchen für Landwirtschaft,
mehrere Hausmädchen.

Für Gruppe: 100 Arbeiter, mehrere perfekte Maschi-
nenschreiberinnen, Stenographinnen.

Stellensuchende:
Mehrere Arbeiterfamilien und ledige Arbeiter, 2 Fräulein, per-
fekt in Stenographie und Maschinenschreiben, 1 erfahrene, selbst-
ständige Haushälterin.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto
Girschel, Friedberg; für den Anzeigenteil: R. Heyner,
Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Zeitung“
A. G. Friedberg i. S.

